

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 14/1369

Zweites Gesetz über weitere Maßnahmen zur Verwaltungsreform in Bayern  
(Zweites Verwaltungsreformgesetz - 2. VwReformG)

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 18 wird gestrichen.
2. Die bisherigen Art. 19 bis 21 werden die neuen Art. 18 bis 20.
3. Im neuen Art. 20 Abs. 3 wird die Zahl "20" durch "19" ersetzt.

Als Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens wird im neuen Art. 20 Abs. 1 "15. April 2000" eingefügt.

Berichtersteller: **König**  
Mitberichtersteller: **Güller**

### II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik haben den Gesetzentwurf mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 17. Sitzung am 25. November 1999 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Enthaltung  
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 29. Sitzung am 19. Januar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: 6 Zustimmung, 1 Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Zustimmung  
Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 27. Sitzung am 19. Januar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 20. Januar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 26. Sitzung am 20. Januar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Zustimmung mit folgenden Änderungen empfohlen:  
Art. 18 wird gestrichen. Die Art. 19 bis 21 werden Art. 18 bis 20.
7. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 25. Januar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
B90 GRÜ: Enthaltung  
Zustimmung empfohlen.

8. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 59. Sitzung am 03. Februar 2000 mitberaten und mit den Stimmen von CSU und SPD **einstimmig** Zustimmung empfohlen.
9. Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat den Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 03. Februar 2000 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - SPD: Zustimmung
  - B90 GRÜ: AblehnungZustimmung empfohlen.
10. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 23. Sitzung am 02. März 2000 endberaten und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - SPD: Zustimmung
  - B90 GRÜ: Ablehnungzu der in I. enthaltenen Fassung **Zustimmung** empfohlen.

**Dr. Hahnzog**  
Vorsitzender